



C(Extr.)/22/2

ORIGINAL: englisch

DATUM: 2. Februar 2005

INTERNATIONALER VERBAND ZUM SCHUTZ VON PFLANZENZÜCHTUNGEN
GENF

DER RAT

Zweiundzwanzigste außerordentliche Tagung
Genf, 8. April 2005

**PRÜFUNG DER VEREINBARKEIT DES GESETZES MALAYSIAS
ZUM SCHUTZ VON PFLANZENZÜCHTUNGEN VON 2004
MIT DER AKTE VON 1991 DES UPOV-ÜBEREINKOMMENS**

vom Verbandsbüro erstelltes Dokument

Einführung

1. Mit Schreiben vom 10. November 2004 an den Stellvertretenden Generalsekretär der UPOV ersuchte Frau Dato' HJH Khamsiah BT. HJ. Muhammad, Stellvertretende Generaldirektorin Landwirtschaft I, Amt für Landwirtschaft Malaysias, um Stellungnahme zur Vereinbarkeit des Gesetzes zum Schutz von Pflanzenzüchtungen von 2004 (nachstehend „das Gesetz“), das am 25. Juni 2004 die Königliche Genehmigung erhielt, mit der Akte von 1991 des UPOV-Übereinkommens (nachstehend „die Akte von 1991“). Das Schreiben ist in Anlage I dieses Dokuments wiedergegeben. Anlage II enthält das von der Regierung Malaysias eingereichte Gesetz in Englisch.

2. Malaysia hat die Akte von 1991 nicht unterzeichnet. Gemäß Artikel 34 Absatz 2 der Akte von 1991 hat es daher eine Beitrittsurkunde zu hinterlegen, um auf der Grundlage der Akte von 1991 Vertragspartei zu werden. Gemäß Artikel 34 Absatz 3 der Akte von 1991 kann eine derartige Urkunde nur dann hinterlegt werden, wenn der betreffende Staat den Rat um Stellungnahme zur Vereinbarkeit seiner Rechtsvorschriften mit den Bestimmungen der Akte von 1991 ersucht hat und die Entscheidung des Rates, in der die Stellungnahme enthalten ist, positiv ausfällt.

Rechtsgrundlage für den Schutz von Pflanzenzüchtungen in Malaysia

3. Der Schutz neuer Pflanzensorten wird in Malaysia von dem Gesetz geregelt. Eine Analyse des Gesetzes folgt in der Reihenfolge der wesentlichen Rechtsvorschriften der Akte von 1991.

Artikel 1 der Akte von 1991: Begriffsbestimmungen

4. Abschnitt 2 des Gesetzes sieht Begriffsbestimmungen vor, die den Begriffsbestimmungen in Artikel 1 der Akte von 1991 entsprechen. Insbesondere ist die Begriffsbestimmung der „Sorte“ mit der Begriffsbestimmung in Artikel 1 Nummer vi der Akte von 1991 vereinbar. Es wird empfohlen, nach dem Wort „Rangstufe“ die Formulierung „unabhängig davon, ob sie voll den Voraussetzungen für die Erteilung eines Züchterrechts entspricht“ hinzuzufügen, um die Begriffsbestimmung der Sorte in vollem Umfang wiederzugeben.

5. Um die Begriffsbestimmung des „Züchters“ in Artikel 1 Nummer iv der Akte von 1991 in vollem Umfang wiederzugeben, wird ferner angeregt, nach dem Wort „Sorte“ folgendes hinzuzufügen: „die Person, die der Arbeitgeber oder Auftraggeber der vorgenannten Person ist, falls die Rechtsvorschriften Malaysias entsprechendes vorsehen, oder der Rechtsnachfolger der erst- oder zweitgenannten Person“.

Artikel 2 der Akte von 1991: Grundlegende Verpflichtung der Vertragsparteien

6. Das Gesetz sieht den Schutz der Rechte der Züchter neuer Pflanzensorten vor und erfüllt somit die grundlegende Verpflichtung der Vertragsparteien, wie in Artikel 2 der Akte von 1991 vorgeschrieben.

Artikel 3 der Akte von 1991: Gattungen und Arten, die geschützt werden müssen

7. Das Gesetz sieht die zu schützenden Gattungen und Arten nicht vor. Es ist anzumerken, daß Malaysia gemäß Artikel 3 Absatz 2 Nummer i der Akte von 1991 bei der Hinterlegung seiner Beitrittsurkunde eine Liste von mindestens 15 Gattungen und Arten mitteilen muß, auf die es die Akte von 1991 anzuwenden hat. Es wird empfohlen, in den Durchführungsbestimmungen klarzustellen, ob das Gesetz für alle oder eine bestimmte Liste von Gattungen und Arten anwendbar ist.

Artikel 4 der Akte von 1991: Inländerbehandlung

8. Das Gesetz enthält keine Einschränkungen bezüglich der Staatsangehörigkeit oder des Landes des Wohnsitzes. Somit ist das Gesetz mit der Anforderung der Bestimmungen über die Inländerbehandlung in Artikel 4 der Akte von 1991 vereinbar.

Artikel 5 bis 9 der Akte von 1991: Schutzvoraussetzungen; Neuheit; Unterscheidbarkeit; Homogenität; Beständigkeit

9. Abschnitt 14 des Gesetzes sieht die Bedingungen für die Eintragung von Pflanzenzüchtungen und die Erteilung der Züchterrechte vor. Abschnitt 14 Absatz 1 bezieht sich auf Abschnitt 16 über die Sortenbezeichnung und sieht gemäß den Bestimmungen des Artikels 5 der Akte von 1991 vor, daß „eine Sorte als neue Sorte eingetragen wird und ihr das Züchterrecht erteilt wird, wenn sie neu, unterscheidbar, homogen und beständig ist“.

10. Abschnitt 14 Absatz 2 des Gesetzes sieht vor: „Unbeschadet des Unterabschnitts 1 kann eine Sorte, wenn sie von einem Landwirt, einer ortsansässigen Gemeinschaft oder einem indigenen Volk hervorgebracht wird, als neue Sorte eingetragen werden, und für die Sorte kann ein Züchterrecht erteilt werden, wenn sie neu, unterscheidbar und identifizierbar ist.“ Das bedeutet, daß ein anderes Schutzsystem eingeführt wird, das deutlich von dem nach Abschnitt 14 Absatz 1 des Gesetzes erteilten Züchterrecht unterscheidbar sein sollte, das auf den in der Akte von 1991 vorgesehenen Schutzvoraussetzungen beruht. Da ein aufgrund des Abschnitts 14 Absatz 2 des Gesetzes erteiltes Züchterrecht auf eine bestimmte Gruppe von Antragstellern beschränkt ist und sich auf einen anderen Gegenstand und andere Schutzvoraussetzungen bezieht und eine andere Dauer hat (vergleiche Abschnitt 32 Absatz 1 Buchstabe b des Gesetzes), wäre es vorzuziehen, für dieses Recht eine andere Bezeichnung vorzusehen und dieses andere Schutzsystem beispielsweise in einem neuen Teil des Gesetzes zu behandeln.

11. Die Analyse des Gesetzes betrifft nur ein gemäß den Bestimmungen der Akte von 1991 erteiltes Züchterrecht. In dieser Hinsicht werden keine Bemerkungen bezüglich des anderen Rechts abgegeben, das aufgrund der Bestimmungen des Abschnitts 14 Absätze 2 und 3 Buchstabe e und Abschnitt 32 Absatz 1 Buchstabe b des Gesetzes erteilt wird, da diese Bestimmungen ein anderes als das in der Akte von 1991 vorgesehene Recht betreffen.

12. Abschnitt 14 Absatz 3 Buchstabe a des Gesetzes sieht die Neuheitsvoraussetzung gemäß Artikel 6 Absatz 1 der Akte von 1991 vor.

13. Abschnitt 14 Absatz 3 Buchstabe b des Gesetzes enthält die Unterscheidbarkeitsvoraussetzung gemäß Artikel 7 der Akte von 1991. Ferner wird empfohlen, die im zweiten Satz des Artikels 7 der Akte von 1991 enthaltene Erläuterung hinzuzufügen: „Insbesondere gilt die Einreichung eines Antrags auf Erteilung eines Züchterrechts für eine andere Sorte oder auf Eintragung einer anderen Sorte in ein amtliches Sortenregister in irgendeinem Land als Tatbestand, der diese andere Sorte allgemein bekannt macht, sofern dieser Antrag zur Erteilung des Züchterrechts oder zur Eintragung dieser anderen Sorte in das amtliche Sortenregister führt.“

14. Abschnitt 14 Absatz 3 Buchstabe c des Gesetzes sieht die Homogenitätsvoraussetzung gemäß Artikel 8 der Akte von 1991 vor. Abschnitt 14 Absatz 3 Buchstabe d des Gesetzes sieht die Beständigkeitsvoraussetzung gemäß Artikel 9 der Akte von 1991 vor.

15. Abschnitt 15 des Gesetzes, „Verbot der Eintragung und der Erteilung des Züchterrechts“, enthält Bestimmungen über die Zurückweisung von Anträgen, die nicht mit der Akte von 1991 vereinbar sind. Artikel 5 der Akte von 1991 sieht vor, daß das Züchterrecht erteilt wird, wenn die Sorte neu, unterscheidbar, homogen und beständig ist, und daß das Züchterrecht nicht von weiteren oder anderen Voraussetzungen abhängig gemacht werden darf, vorausgesetzt, daß die Sorte mit einer Sortenbezeichnung gekennzeichnet ist und

daß der Züchter die Förmlichkeiten erfüllt und die festgesetzten Gebühren bezahlt hat. Wie in Artikel 17 Absatz 1 der Akte von 1991 vorgesehen, darf die freie Ausübung eines Züchterrechts nur aus Gründen des öffentlichen Interesses und nicht in bezug auf Anträge beschränkt werden. Ferner ist anzumerken, daß das Züchterrecht, wie von Artikel 18 der Akte von 1991 vorgesehen, unabhängig von den Maßnahmen zur Regelung des Handels ist. Demzufolge wird empfohlen, Abschnitt 15 des Gesetzes sowie den Hinweis auf Abschnitt 15 in anderen Bestimmungen des Gesetzes, insbesondere in den Abschnitten 14 Absatz 1, 19 und 23 Absatz 1 Buchstaben c und d zu streichen. Der von Abschnitt 15 erfaßte Gegenstand könnte von einem anderen Rechtsmechanismus als den Rechtsvorschriften über den Sortenschutz behandelt werden, der einheitlich auf alle Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Vermarktung von Sorten angewandt werden könnte, unabhängig davon, ob diese Sorten geschützt sind oder nicht.

Artikel 10 der Akte von 1991: Einreichung von Anträgen

16. Teil III des Gesetzes, insbesondere die Abschnitte 12, 13, 17 und 18, enthält Bestimmungen über die Einreichung von Anträgen.

17. Nebst der Empfehlung, Abschnitt 15 und den Hinweis auf Abschnitt 15 in anderen Bestimmungen des Gesetzes zu streichen, wird empfohlen, daß die Auskünfte in Abschnitt 12 Absatz 1 Buchstaben e, f, g und h des Gesetzes nicht als Zusatzvoraussetzungen für den Schutz behandelt werden, was in Widerspruch zu Artikel 5 Absatz 2 der Akte von 1991 stehen würde. In dieser Hinsicht sieht Abschnitt 17 des Gesetzes vor, daß dem Antrag ein Einreichungsdatum zugewiesen wird, vorausgesetzt, daß er die Anforderungen in Abschnitt 12 des Gesetzes erfüllt. Würden die Voraussetzungen in Abschnitt 12 Absatz 1 Buchstaben e, f, g und h des Gesetzes als zusätzliche Schutzvoraussetzungen angewandt, hätte die Nichteinhaltung zur Folge, daß der Antrag kein Einreichungsdatum erhalte und somit zurückgewiesen würde.

Artikel 11 der Akte von 1991: Priorität

18. Das Gesetz enthält nicht die Bestimmungen des Artikels 11 der Akte von 1991 über das Prioritätsrecht. Die Überschrift „Prioritätsrecht“ des Abschnitts 18 des Gesetzes ist irreführend, da er sich nicht auf die Verpflichtungen nach Artikel 11 der Akte von 1991 bezieht. Es wird empfohlen, die Überschrift des Abschnitts 18, „Prioritätsrecht“, zu streichen und diesen Abschnitt mit Abschnitt 17 unter der Überschrift „Einreichungstag“ zusammenzufassen. Ferner wird vorgeschlagen, einen neuen Abschnitt „Prioritätsrecht“ mit den Bestimmungen des Artikels 11 der Akte von 1991 aufzunehmen.

Artikel 12 der Akte von 1991: Prüfung des Antrags

19. Das Gesetz enthält in den Abschnitten 19, 20 und 21 Bestimmungen über die Prüfung von Kandidatensorten, die, vorbehaltlich der Empfehlung, den Hinweis auf Abschnitt 15 in Abschnitt 19 des Gesetzes zu streichen, mit Artikel 12 der Akte von 1991 vereinbar sind.

20. Hinsichtlich der Anforderung in Abschnitt 27 des Gesetzes über die Hinterlegung von Proben wird empfohlen, im Gesetz oder in den Durchführungsbestimmungen, die sich mit Prüfungsangelegenheiten befassen, klarzustellen, daß die Hinterlegung von Proben für die in

den Artikeln 12 und 22 Absatz 1 Buchstabe b Nummer i der Akte von 1991 erwähnten Zwecke und nicht als zusätzliche Schutzvoraussetzung erforderlich ist.

Artikel 13 der Akte von 1991: Vorläufiger Schutz

21. Das Gesetz enthält keine Bestimmungen über den vorläufigen Schutz. Es wird empfohlen, Bestimmungen in das Gesetz aufzunehmen, die mit Artikel 13 der Akte von 1991 vereinbar sind.

Artikel 14 der Akte von 1991: Inhalt des Züchterrechts

22. Abschnitt 30 des Gesetzes enthält wesentliche Bestimmungen über den Inhalt des Züchterrechts gemäß Artikel 14 Absätze 1, 2 und 5 der Akte von 1991. Es wird empfohlen, den ersten Satz des Abschnitts 30 Absatz 1 des Gesetzes wie folgt neu zu formulieren: „Vorbehaltlich des Abschnitts 31 bedürfen folgende Handlungen in bezug auf Vermehrungsmaterial der eingetragenen Sorte, für die das Recht erteilt wird, der Zustimmung des Züchters: ...“. Dieser Formulierungsvorschlag erfüllt die Bestimmungen des Artikels 14 Absatz 1 der Akte von 1991 und entspricht den Bestimmungen über die Verletzung in Abschnitt 47 des Gesetzes. Ferner wird angeregt, den Hinweis auf „Vermehrungsmaterial der eingetragenen Sorte“ in Abschnitt 30 Absatz 2 Buchstabe a des Gesetzes zu streichen und am Schluß des Abschnitts 30 Absatz 2 Buchstabe a gemäß Artikel 14 Absatz 2 der Akte von 1991 hinzuzufügen: „es sei denn, daß der Züchter angemessene Gelegenheit hatte, sein Recht mit Bezug auf das genannte Vermehrungsmaterial auszuüben“.

23. In bezug auf die im wesentlichen abgeleiteten Sorten enthält Abschnitt 30 Absatz 2 Buchstabe b des Gesetzes die Bestimmungen des Artikels 14 Absatz 5 Nummer i der Akte von 1991, und Abschnitt 2 des Gesetzes sieht die Begriffsbestimmung der im wesentlichen abgeleiteten Sorte gemäß Artikel 14 Absatz 5 Buchstabe b der Akte von 1991 vor. Um die Erläuterung zu den im wesentlichen abgeleiteten Sorten in vollem Umfang wiederzugeben, wird empfohlen, den Inhalt des Artikels 14 Absatz 5 Buchstabe c der Akte von 1991 hinzuzufügen: „Im wesentlichen abgeleitete Sorten können beispielsweise durch die Auslese einer natürlichen oder künstlichen Mutante oder eines somaklonalen Abweichers, die Auslese eines Abweichers in einem Pflanzenbestand der Ursprungsorte, die Rückkreuzung oder die gentechnische Transformation gewonnen werden.“

Artikel 15 der Akte von 1991: Ausnahmen vom Züchterrecht

24. Abschnitt 31 des Gesetzes enthält mit geringfügigen Abweichungen die wesentlichen Bestimmungen des Artikels 15 der Akte von 1991. Es wird empfohlen, in Abschnitt 31 Absatz 1 Buchstabe c „Paragraphen 30 Absatz 1 Buchstaben a bis g“ durch „Paragraphen 30 Absätze 1 und 2 Buchstabe a“ zu ersetzen und auch den letzten Teil, „diejenigen sonstigen Sorten, die im wesentlichen von der eingetragenen Sorte abgeleitet wurden“, durch „gelten die Bestimmungen des Abschnitts 30 Absatz 2 Buchstaben b, c und d;“ zu ersetzen.

25. Was Abschnitt 31 Absatz 1 Buchstabe d des Gesetzes betrifft, wird empfohlen, die Ausnahme nach Artikel 15 Absatz 2 der Akte von 1991 „in angemessenem Rahmen und unter Wahrung der berechtigten Interessen des Züchters“ umzusetzen. Diese Umsetzung ist

teilweise in Abschnitt 60 Absatz 2 Buchstabe d des Gesetzes, „Durchführungsbestimmungen“, über die Begriffsbestimmung des „Kleinbauern“ vorgesehen.

26. Es wird empfohlen, Abschnitt 31 Absatz 1 Buchstabe e des Gesetzes zu streichen, da der Austausch geschützten Materials für Vermehrungszwecke von den Ausnahmen nach Artikel 15 der Akte von 1991 nicht erfaßt würde.

27. Es wird empfohlen, Abschnitt 31 Absatz 1 Buchstabe f des Gesetzes in die Abschnitte 36 und 37 über Zwangslizenzen zu verschieben, da die beschriebene Situation unter die Fälle der Einschränkung des Züchterrechts aus Gründen des öffentlichen Interesses zu fallen scheint.

Artikel 16 der Akte von 1991: Erschöpfung des Züchterrechts

28. In Abschnitt 31 Absatz 2 des Gesetzes sind Bestimmungen über die Erschöpfung des Züchterrechts gemäß Artikel 16 der Akte von 1991 enthalten.

Artikel 17 der Akte von 1991: Beschränkungen in der Ausübung des Züchterrechts

29. Die Abschnitte 36 und 37 des Gesetzes enthalten Bestimmungen über Zwangslizenzen. Es wird empfohlen, Abschnitt 36 Absatz 1 zu ändern, um nur die Fälle öffentlichen Interesses zu erfassen. Insbesondere sollte in bezug auf Abschnitt 36 Absatz 1 Buchstabe b angemerkt werden, daß die Akte von 1991 den Züchter nicht verpflichtet, die geschützte Sorte an Ort und Stelle zu erzeugen; er kann entscheiden, die geschützte Sorte einzuführen.

30. Artikel 18 der Akte von 1991 schreibt vor, daß das Züchterrecht unabhängig von den Maßnahmen zur Regelung der Erzeugung, der Überwachung und des Vertriebs von Material von Sorten ist. Daher wird empfohlen, Abschnitt 34 und die Buchstaben a und b in Abschnitt 36 Absatz 1 des Gesetzes zu streichen.

31. Abschnitt 36 Absatz 4 des Gesetzes sieht vor, daß „ein angemessener Betrag vom Lizenznehmer als Lizenzgebühr an den Inhaber zu entrichten ist“. Dies entspricht der Anforderung der angemessenen Vergütung in Artikel 17 Absatz 2 der Akte von 1991.

Artikel 18 der Akte von 1991: Maßnahmen zur Regelung des Handels

32. Vorbehaltlich der Empfehlungen bezüglich der Abschnitte 12, 15, 34 und 36 Absatz 1 Buchstaben a und b des Gesetzes, scheint das Gesetz keine Bestimmungen zu enthalten, die in Widerspruch zu Artikel 18 der Akte von 1991 stehen.

Artikel 19 der Akte von 1991: Dauer des Züchterrechts

33. Die Abschnitte 32 und 33 des Gesetzes betreffen die Dauer der Züchterrechte. Folgende Änderungen werden empfohlen: Streichung der Wörter „Einreichung“ und „ein Antrag auf“ in Abschnitt 32 Absatz 1. Artikel 19 der Akte von 1991 schreibt vor, daß die Dauer des Züchterrechts vom Tag der Erteilung oder, in diesem besonderen Fall, vom Tag der Eintragung an berechnet wird.

34. Abschnitt 32 Absatz 1 Buchstabe b des Gesetzes bezieht sich auf die Dauer des Rechts für eine Sorte, die neu, unterscheidbar und identifizierbar ist. Wie im obigen Absatz 10 empfohlen, wird angeregt, daß dem unter diesen Bedingungen, die sich von den Bedingungen und der Dauer des Züchterrechts nach der Akte von 1991 unterscheiden, erteilten Schutztitel eine andere Bezeichnung zugewiesen wird.

35. In bezug auf Abschnitt 32 Absatz 2 des Gesetzes wird empfohlen, das Wort „kann“ in „darf“ zu ändern, wie in Artikel 19 Absatz 2 der Akte von 1991 vorgeschrieben, und am Schluß des Absatzes sollte die Formulierung „vom Tag der Eintragung an“ hinzugefügt werden.

Artikel 20 der Akte von 1991: Sortenbezeichnung

36. Abschnitt 16 des Gesetzes enthält die wesentlichen Bestimmungen des Artikels 20 der Akte von 1991 bezüglich der Sortenbezeichnungen. Es wird empfohlen, einige fehlende Bestimmungen gemäß Artikel 20 Absätze 1 Buchstabe b, 4, 5 und 6 hinzuzufügen, um die Bestimmungen über Sortenbezeichnungen in vollem Umfang aufzunehmen.

37. Es wird angeregt, Abschnitt 16 Absatz 2 Buchstabe d des Gesetzes wie folgt zu ändern: „darf nicht geeignet sein, hinsichtlich der Merkmale, des Wertes oder der Identität der Sorte oder der Identität des Züchters der Sorte irrezuführen oder Verwechslungen hervorzurufen. Sie muß sich insbesondere ...“. Dieser geänderte Abschnitt sollte sodann am Anfang des Abschnitts 16 Absatz 1 Buchstabe d eingefügt werden.

38. Es wird angeregt, in Abschnitt 16 Absatz 5 des Gesetzes die unterstrichenen Worte hinzuzufügen „Die Bezeichnung einer eingetragenen Sorte wird benutzt, wenn das Vermehrungsmaterial der Sorte auf gewerbsmäßiger Basis feilgehalten oder gewerbsmäßig vertrieben wird ...“. Ferner wird empfohlen, in Abschnitt 16 Absatz 6 des Gesetzes „auf gewerbsmäßiger Basis“ zu streichen und unmittelbar nach der gestrichenen Stelle „oder Märkten“ hinzuzufügen. Folgendes sollte am Schluß des Abschnitts 16 Absatz 6 hinzugefügt werden: „sofern nicht ältere Rechte dieser Benutzung entgegenstehen“.

Artikel 21 der Akte von 1991: Nichtigkeit des Züchterrechts

39. Abschnitt 39 des Gesetzes sieht die Gründe für die Nichtigkeit des Züchterrechts vor. Abschnitt 39 Absätze 2 Buchstabe c und 3 des Gesetzes erfaßt die von Artikel 21 Absatz 1 Nummer iii der Akte von 1991 vorgeschriebenen Gründe für die Nichtigkeit des Züchterrechts. Die Gründe für die Nichtigkeit nach Artikel 21 Absatz 1 Nummern i und ii der Akte von 1991 werden vom Gesetz nicht erfaßt. Abschnitt 39 Absatz 4 des Gesetzes scheint für den Sortenschutz nicht relevant zu sein.

40. Es wird empfohlen, die im Gesetz vorgesehenen Gründe für die Nichtigkeit zu ändern, um nicht andere als die in Artikel 21 Absatz 1 der Akte von 1991 erwähnten Gründe vorzusehen. Artikel 21 Absatz 2 schließt andere Nichtigkeitsgründe aus.

41. Um die Wirkungen einer Nichtigkeitsentscheidung vorzusehen, sollte folgende Formulierung nach dem Wort „nichtig“ in Abschnitt 40 Absatz 2 des Gesetzes hinzugefügt werden: „... und gilt als nie erteilt worden“; infolgedessen sollte die Stelle „vom Tag der Erteilung des Züchterrechts an“ gestrichen werden.

Artikel 22 der Akte von 1991: Aufhebung des Züchterrechts

42. Abschnitt 41 des Gesetzes sieht die Gründe für die Aufhebung eines Züchterrechts vor. Abschnitt 41 Absatz 1 Buchstabe a entspricht den Aufhebungsgründen nach Artikel 22 Absatz 1 Buchstabe b Nummer i der Akte von 1991.

43. Abschnitt 41 Absatz 1 Buchstabe b des Gesetzes sieht die Aufhebungsgründe nach Artikel 22 Absatz 1 Buchstabe b Nummer ii der Akte von 1991 vor.

44. Die Formulierung „der Homogenität und der Beständigkeit“ sollte nach dem Wort „Voraussetzung“ in Abschnitt 41 Absatz 1 Buchstabe c des Gesetzes hinzugefügt werden, um die Aufhebungsgründe nach Artikel 22 Absatz 1 Buchstabe a der Akte von 1991 in vollem Umfang zu erfüllen.

45. Der in Artikel 22 Absatz 1 Buchstabe b Nummer iii der Akte von 1991 vorgesehene Aufhebungsgrund ist im Gesetz nicht enthalten.

46. Abschnitt 41 Absatz 1 Buchstaben d und e des Gesetzes sieht neue Aufhebungsgründe vor, die in Widerspruch zu der Anforderung nach Artikel 22 Absatz 2 der Akte von 1991 stehen, der andere als die nach Artikel 22 Absatz 1 der Akte von 1991 vorgeschriebenen Gründe ausschließt. Abschnitt 41 Absatz 6 Buchstabe b des Gesetzes bezieht sich auf die Zustimmung zur Erzeugung einer Sorte aus Gründen des öffentlichen Interesses, nachdem die Eintragung gelöscht wurde. Diese Bestimmung verlangt eine Klarstellung, weil die Sorte, wenn der Schutz aufgehoben wird, in das Gemeingut übergeht und eine Zustimmung zur Erzeugung der Sorte nicht mehr erforderlich ist.

Artikel 30 der Akte von 1991: Anwendung der Akte von 1991

47. Artikel 30 Absatz 1 Nummer i der Akte von 1991 schreibt den Vertragsparteien vor, „geeignete Rechtsmittel für die wirksame Wahrung der Züchterrechte“ vorzusehen. Die Abschnitte 47 bis 49 des Gesetzes enthalten Bestimmungen über die Verletzung und sehen entsprechende Verfahren, einstweilige Verfügungen und Entschädigungen vor. Die Abschnitte 53 bis 56 des Gesetzes beschreiben die der Behörde erteilten Vollstreckungsbefugnisse. Das Gesetz ist daher mit Artikel 30 Absatz 1 Nummer i der Akte von 1991 vereinbar.

48. Artikel 30 Absatz 1 Nummer ii der Akte von 1991 schreibt den Vertragsparteien vor, „eine Behörde für die Erteilung von Züchterrechten zu unterhalten ...“. Abschnitt 4 Absatz 1 Buchstabe c des Gesetzes sieht vor, daß diese Funktion vom Sortenamtsamt ausgeübt werden soll. Das Gesetz ist daher mit Artikel 30 Absatz 1 Nummer ii der Akte von 1991 vereinbar.

49. Artikel 30 Absatz 1 Nummer iii der Akte von 1991 schreibt den Vertragsparteien vor, Mitteilungen über Anträge auf und Erteilung von Züchterrechten sowie die vorgeschlagenen und genehmigten Sortenbezeichnungen zu veröffentlichen. Abschnitt 22 des Gesetzes sieht die Anforderung der Veröffentlichung des Antrags auf Eintragung einer neuen Sorte und Erteilung eines Züchterrechts vor. Abschnitt 28 Absatz 1 Buchstabe c des Gesetzes sieht vor, daß die Eintragung neuer Sorten und die Erteilung des Züchterrechts im Amtsblatt zu veröffentlichen sind. Die Bestimmungen über die Veröffentlichung beziehen sich nicht ausdrücklich auf die Veröffentlichung der vorgeschlagenen und eingetragenen Sortenbezeichnungen. Es wird empfohlen, diese Angelegenheit in den

Durchführungsbestimmungen klarzustellen. Vorbehaltlich dieser Klarstellung erfüllt das Gesetz die Anforderungen des Artikels 30 Absatz 1 Nummer iii der Akte von 1991.

Allgemeine Schlußfolgerung

50. Nach Ansicht des Verbandsbüros enthält das Gesetz in seinen wesentlichen Bestimmungen den Grossteil des Inhalts der Akte von 1991. Es wird empfohlen, daß das Gesetz, wie in diesem Dokument dargelegt, ergänzt und geändert wird, um die Abweichungen von der strikten Vereinbarkeit zu beheben. Wie in den Absätzen 10 und 11 erwähnt, fallen die nach Abschnitt 14 Absatz 2 des Gesetzes erteilten Rechte nicht in den Geltungsbereich der Akte von 1991, da sie sich auf eine spezifische Gruppe von Antragstellern, einen anderen Gegenstand, andere Schutzvoraussetzungen und eine andere Dauer des Rechts beziehen. Daher ist es notwendig, die etwaigen Auswirkungen des Schutzes von Sorten nach Abschnitt 14 Absatz 2 des Gesetzes auf den in Abschnitt 14 Absatz 1 des Gesetzes erteilten Schutz sorgfältig zu prüfen, um zu vermeiden, daß die Anwendung der Bestimmungen der Akte von 1991 behindert wird. Um einen ausgewogenen, transparenten Schutzmechanismus bereitzustellen, wird empfohlen, die Bestimmungen, die sich mit diesem besonderen Recht befassen, von der nach der Akte von 1991 formulierten Bestimmungen klar zu trennen. Die Notwendigkeit dieser Trennung und der sich daraus ergebenden Anpassungen wird im Prozeß der Abfassung der empfohlenen Änderungen des Gesetzes noch deutlicher zutage treten, beispielsweise in bezug auf den Geltungsbereich des Rechts und die Gründe für Nichtigkeit und Aufhebung.

51. *Der Rat wird ersucht,*

a) die obigen Informationen zur Kenntnis zu nehmen;

b) eine positive Entscheidung zur Vereinbarkeit des Gesetzes Malaysias zum Schutz von Pflanzenzüchtungen von 2004 mit den Bestimmungen der Akte von 1991 des Internationalen Übereinkommens zum Schutz von Pflanzenzüchtungen zu treffen. Das Gesetz benötigt jedoch noch zusätzliche Bestimmungen und Änderungen, wie in diesem Dokument dargelegt, um in vollem Umfang mit der Akte von 1991 vereinbar zu sein. Nach der Aufnahme zusätzlicher Bestimmungen und Änderungen in das Gesetz gemäß den Wünschen des Verbandsbüros nach Rücksprache mit der Präsidentin des Rates kann Malaysia seine Urkunde über den Beitritt zur Akte von 1991 hinterlegen;

c) das Verbandsbüro zu ersuchen, die Regierung Malaysias bei der Abfassung der erforderlichen zusätzlichen Bestimmungen und Änderungen des Gesetzes zu unterstützen;

d) den Generalsekretär zu ermächtigen, die Regierung Malaysias von dieser Entscheidung zu unterrichten.

[Anlagen folgen]

ANLAGE I

Generaldirektorin Landwirtschaft
Amt für Landwirtschaft
Malaysia

Herrn
Rolf Jördens
Stellvertretender Generalsekretär
Internationaler Verband zum Schutz
von Pflanzenzüchtungen
34, ch. des Colombettes
CH-1211 Genf 20
Schweiz

10. November 2004

Betr.: Gesuch um vorläufige Prüfung des Gesetzes Malaysias von 2004 über den Schutz von Pflanzenzüchtungen

Sehr geehrter Herr Jördens,

ich nehme hiermit Bezug auf das kurze Gespräch zwischen den malaysischen Delegierten und Herrn Makoto Tabata, Senior Counsellor, UPOV, anlässlich der soeben zu Ende gegangenen 38. ordentlichen Tagung des Rates der UPOV am 21. Oktober 2004 in Genf, Schweiz, und habe die Ehre, den Rat der UPOV davon zu unterrichten, daß Malaysia beabsichtigt, der UPOV zu gegebener Zeit beizutreten.

In der Zwischenzeit wäre ich bis zur Einreichung eines amtlichen Antrags äußerst dankbar, wenn der Rat der UPOV eine vorläufige Prüfung des Gesetzes Malaysias von 2004 über den Schutz von Pflanzenzüchtungen vornehmen und uns über die Vereinbarkeit unseres Gesetzes mit den Bestimmungen der Akte von 1991 des UPOV-Übereinkommens unterrichten könnte.

Ich danke Ihnen für Ihre lebenswürdige Unterstützung und Mitarbeit.

Mit vorzüglicher Hochachtung

(DATO' HJH. KHAMSI AH BT. HJ. MUHAMMAD)
Stellvertretende Generaldirektorin I
Amt für Landwirtschaft Malaysias
Kuala Lumpur
Malaysia

Kopie an:

Generalsekretär
Ministerium für Landwirtschaft und Agroindustrie
Kuala Lumpur
Malaysia

Generaldirektor
Amt für Landwirtschaft Malaysias
Kuala Lumpur
Malaysia

[Anlage II folgt]

ANNEXE II / ANNEX II / ANLAGE II / ANEXO II

LAWS OF MALAYSIA Act 634
PROTECTION OF NEW PLANT VARIETIES ACT 2004

ARRANGEMENT OF SECTIONS

PART I

PRELIMINARY

Section

1. Short title and commencement
2. Interpretation

PART II

PLANT VARIETIES BOARD

3. Establishment of the Board
4. Functions and powers of the Board
5. Membership of the Board
6. Alternate member
7. Meetings of the Board
8. Board may invite others to meetings
9. Provision of facilities by Ministry
10. Plant Varieties Fund
11. Expenditure to be charged on the Fund

PART III

PROCEDURE AND CONDITIONS FOR APPLICATION OF
REGISTRATION OF NEW PLANT VARIETY AND GRANT OF
BREEDER'S RIGHT

12. Application for registration of new plant variety and grant of breeder's right
13. Persons who may apply for registration of new plant variety and grant of breeder's right
14. Conditions for registration of new plant variety and grant of breeder's right
15. Prohibition of registration and grant of breeder's right
16. Denomination of a new plant variety
17. Filing date
18. Right of priority
19. Preliminary examination
20. Request for substantive examination
21. Substantive examination
22. Application for registration of new plant variety and grant of breeder's right to be published
23. Opposition to application for registration of a new plant variety and grant of breeder's right

24. Reply by applicant
25. Filing of documentary evidence in support
26. Failure to file documentary evidence
27. Deposit of samples
28. Registration of new plant variety and grant of breeder's right
29. Register

PART IV

RIGHTS, LIMITATIONS AND DUTIES OF A HOLDER

30. Scope of breeder's right
31. Limitations of breeder's right
32. Duration of breeder's right
33. Extension of duration of breeder's right
34. Availability of propagating material
35. Duties of a holder

PART V

COMPULSORY LICENCE

36. Compulsory licence
37. Scope and conditions of compulsory licence
38. Termination of compulsory licence

PART VI

INVALIDATION, REVOCATION, SURRENDER AND ASSIGNMENT OR TRANSMISSION

39. Invalidation of breeder's right
40. Date and effect of invalidation
41. Revocation of breeder's right
42. Surrender of breeder's right
43. Assignment or transmission of breeder's right

PART VII

APPEALS

44. Appeals
45. Appeal-Board
46. Decision of the Minister

PART VIII

INFRINGEMENT

- 47. Acts deemed to be infringement
- 48. Infringement proceedings
- 49. Injunction and award of damages

PART IX

OFFENCES

- 50. Offence with respect to furnishing any false or misleading particular, *etc.*
- 51. Offence with respect to contravention of terms and conditions and use of samples without permission
- 52. Offence by body corporate

PART X

ENFORCEMENT

- 53. Authorization of officers
- 54. Power of enforcement
- 55. Power of investigation
- 56. Additional powers

PART XI

MISCELLANEOUS

- 57. Institution of prosecution
- 58. Jurisdiction to try offences
- 59. Protection of officers
- 60. Regulations

LAWS OF MALAYSIA

Act 634

PROTECTION OF NEW PLANT VARIETIES ACT 2004

An Act to provide for the protection of the rights of breeders of new plant varieties, and the recognition and protection of contribution made by farmers, local communities and indigenous people towards the creation of new plant varieties; to encourage investment in and development of the breeding of new plant varieties in both public and private sectors; and to provide for related matters.

ENACTED by the Parliament of Malaysia as follows:

PART I

PRELIMINARY

Short title and commencement

1.(1) This Act may be cited as the Protection of New Plant Varieties Act 2004.

(2) This Act comes into operation on a date to be appointed by the Minister by notification in the *Gazette*.

Interpretation

2. In this Act, unless the context otherwise requires-

“propagating material” means any material or plant, or any part of the plant, used for multiplication or reproduction;

“breed” means to carry out activities conducive to the development of any plant variety;

“prescribed” means prescribed by regulations made under this Act;

“breeder’s right” means the right given on the registration of a new plant variety under this Act;

“Ministry” means the Ministry for the time being responsible for agriculture;

“Fund” means the Plant Varieties Fund established under section 10;

“Board” means the Plant Varieties Board established under section 3;

“compulsory licence” means the authorization by the Board under section 36 to perform in Malaysia any act referred to in subsection 30(1) without the consent or agreement of the holder;

“local community” means a group of individuals who have settled together and continuously inherit production processes and culture or a group of individuals settled together in a village or area and under an eco-cultural system;

“discover and develop” means activities which lead to the desired phenotypic expression and affect the crop genotype and which may or may not entail deliberate or artificial creation of genetic variability;

“Minister” means the Minister charged with the responsibility for plant varieties;

“denomination” means the name or identification for a plant variety expressed in letters or a combination of letters and figures written in any language;

“person” includes a body of persons, corporate or unincorporate;

“authorized officer” means an officer authorized under subsection 53(1);

“breeder” means a person who has bred or has discovered and developed any plant variety;

“holder” means the holder of a breeder’s right;

“licensee” means any person, agency or company to whom a compulsory licence is granted by the Board under section 36;

“Examiner” means any person, government department or organization appointed by the Board for the purpose of conducting a substantive examination under section 21;

“farmer” means any person who-

- (a) cultivates crops by cultivating the land himself;
- (b) cultivates crops by directly supervising the cultivation of land through any other person; or
- (c) conserves and preserves, severally or jointly, with any person any traditional variety of crops or adds value to the traditional variety through the selection and identification of their useful properties;

“small farmer” means a farmer whose farming operations do not exceed the size of holding as prescribed by the Minister;

“indigenous people” means persons who fall within the definition of the “aborigine” or “native” as defined respectively in Clause (2) of Article 160 and Clause (6) of Article 161A of the Federal Constitution;

“centre” means any place approved by the Board for the deposit of any sample of seeds or propagating material under section 27;

“samples” include seeds and any other propagating material which are capable of regeneration;

“plant” means any living organism in the plant kingdom but excludes any micro-organism;

“variety” means a plant grouping within a single botanical taxonomy of the lowest known rank-

- (a) which can be defined by the expression of the characteristics resulting from a given genotype or a combination of genotypes;
- (b) which can be distinguished from any other plant grouping by the expression of at least one of such characteristics; and
- (c) which can be considered as a unit with regard to its suitability for being propagated unchanged,

and includes propagating material and harvested material of the plant variety;

“essentially derived plant variety” means a plant variety which-

- (a) is predominantly derived from the initial plant variety, or from a plant variety that is itself predominantly derived from the initial plant variety, while retaining the expression of the essential characteristics that result from the genotype or combination of genotypes of the initial plant variety;
- (b) is clearly distinguishable from the initial plant variety; and
- (c) except for the differences which result from the act of derivation, conforms to the initial plant variety in the expression of the essential characteristics that result from the genotype or combination of genotypes of the initial plant variety;

“registered plant variety” means a plant variety which has been registered as a new plant variety and for which a breeder’s right has been granted under this Act;

“legal personal representative”, in relation to a deceased person, means a person to whom probate of the will of the deceased person or letters of administration of the estate of the deceased person have been granted whether in Malaysia or outside Malaysia.

PART II

PLANT VARIETIES BOARD

Establishment of the Board

3. A board by the name of “Plant Varieties Board” is established.

Functions and powers of the Board

4.(1) The functions of the Board shall be-

- (a) to perform the duties and functions and exercise the powers as may be provided for in this Act;

- (b) to set appropriate systems for the examination of new plant varieties;
- (c) to consider and approve or reject applications for registration of new plant varieties and grant of breeder's rights;
- (d) to impose fees or administrative charges to be paid under this Act;
- (e) to set terms and conditions pertaining to the samples of registered plant varieties deposited at centres approved by the Board under section 27;
- (f) to impose any terms and conditions for the research and experimental use or export of any registered plant variety developed from local genetic resources or by indigenous people;
- (g) to keep and maintain a record of other plant varieties which are not registered in the Register of New Plant Varieties;
- (h) to administer and control the Plant Varieties Fund;
- (i) to appoint any person, government department or organization to be an Examiner for the purposes of conducting a substantive examination under section 21;
- (j) to revoke, surrender, assign or transmit any breeder's right granted under this Act;
- (k) to advise the Minister on all matters pertaining to this Act; and
- (1) to do such other things as it considers fit to enable it to perform its functions effectively or that are incidental to the performance of its functions.
- (2) The Board shall have all such powers as may be necessary for or in connection with the performance of its functions under subsection (1) or which are reasonably incidental to such performance.

Membership of the Board

5.(1) The Board shall, consist of the following members:

- (a) the Director General of the Department of Agriculture, Peninsular Malaysia who shall be the Chairman;
- (b) the Director General of the Malaysian Agricultural Research and Development Institute;
- (c) the Director General of the Malaysian Rubber Board; (d) the Director General of the Malaysian Palm Oil Board; (e) the Director-General of the Malaysian Cocoa Board;
- (f) the Director-General of the Forest Research Institute of Malaysia;
- (g) the Director of Agriculture, Sabah; (h) the Director of Agriculture, Sarawak;

- (i) a representative from the Ministry of Agriculture and Agro-based Industry;
 - (j) a representative from the Ministry of Plantation Industries and Commodities;
 - (k) a representative from the Ministry of Domestic Trade and Consumer Affairs; and
 - (1) a representative from the Ministry of Science, Technology and Innovations.
- (2) The Minister shall appoint a senior officer of the Department of Agriculture, Peninsular Malaysia, to be the Secretary to the Board.

Alternate member

- 6.(1) The Minister may appoint a person to be an alternate member in respect of each person who is a member of the Board under paragraphs 5(1)(a) to (h) to attend meetings of the Board in place of the member when that member is for any reason unable to attend.
- (2) When attending meetings of the Board in place of a member, an alternate member shall for all purposes be deemed to be a member of the Board.

Meetings of the Board

- 7.(1) The Chairman shall preside over every meeting of the Board.
- (2) Notwithstanding subsection (1), if for any reason the Chairman is unable to attend a meeting of the Board, the members present shall elect from among themselves a member to preside over the meeting, and the member elected shall exercise the powers of the Chairman for the duration of that meeting and shall be deemed to be the Chairman for the purposes of that meeting.
- (3) The quorum of the Board shall be six.
- (4) If on any question to be determined by the Board there is an equality of votes, the Chairman shall have the casting vote.
- (5) The Board shall meet at such place and time as may be determined by the Chairman.

Board may invite others to meetings

8. The Board may invite any other person to attend any meeting of the Board for the purpose of advising the Board on any matter under discussion, but that person shall have no right to vote at the meeting.

Provision of facilities by Ministry

9. The Ministry shall provide the Board with the staff, funds and other facilities as are necessary to enable it to carry out its functions.

Plant Varieties Fund

10.(1) A fund to be known as the “Plant Varieties Fund” which shall be administered and controlled by the Board is established.

(2) The Fund shall consist of-

- (a) such sums as may be provided from time to time by the Government or any State Government for the purposes of this Act; and
- (b) moneys, fees and other charges received by the Board under this Act.

Expenditure to be charged on the Fund

11. The Fund shall be expended for the purpose of paying any expenditure incurred by the Board for carrying into effect the provisions of this Act.

PART III

PROCEDURE AND CONDITIONS FOR APPLICATION OF
REGISTRATION OF NEW PLANT VARIETY AND GRANT OF
BREEDER’S RIGHT

Application for registration of new plant variety and grant of breeder’s right

12.(1) An application for the registration of a new plant variety and a grant of a breeder’s right shall be made to the Board in the prescribed manner and shall-

- (a) specify the name, address, nationality and other particulars of the applicant;
- (b) specify the method by which the plant variety is developed;
- (c) be supported by documents and information relating to the characteristics of the plant variety which distinguish the plant variety from other plant varieties;
- (d) specify a plant variety denomination in accordance with section 16;
- (e) contain information relating to the source of the genetic material or the immediate parental lines of the plant variety;

- (f) be accompanied with the prior written consent of the authority representing the local community or the indigenous people in cases where the plant variety is developed from traditional varieties;
- (g) be supported by documents relating to the compliance of any law regulating access to genetic or biological resources; and
- (h) be supported by documents relating to the compliance of any law regulating activities involving genetically modified organisms in cases where the development of the plant variety involves genetic modification.

(2) An application under subsection (1) shall be accompanied by the prescribed filing fee. Persons who may apply for registration of new plant variety and grant of breeder's right

13.(1) An application for the registration of a new plant variety and grant of a breeder's right under section 12 shall only be made by-

- (a) a breeder;
- (b) the employer of the breeder;
- (c) the successor in title of the breeder;
- (d) a farmer or group of farmers, local community or indigenous people who have carried out the functions of a breeder;
- (e) any government or statutory body which has carried out the functions of a breeder.

(2) If the applicant's ordinary residence or principal place of business is outside Malaysia or if the applicant is a group of farmers, the applicant shall appoint an agent who is a resident or who has a registered office in Malaysia upon whom notice or process relating to the application for registration and grant of a breeder's right and other matters relating to such registration or breeder's right may be served, and if the applicant fails to appoint such an agent, the Board may refuse to proceed with the application until the agent has been appointed.

(3) If the applicant is a local community or an indigenous people, the authority representing the local community or indigenous people shall be the agent for such applicant and notice or process relating to the application and other matters relating to the registration of a new plant variety or breeder's right may be served on it.

Conditions for registration of new plant variety and grant of breeder's right

14.(1) Subject to sections 15 and 16, a plant variety shall be registered as a new plant variety and granted a breeder's right if the plant variety is new, distinct, uniform and stable.

(2) Notwithstanding subsection (1), where a plant variety is bred, or discovered and developed by a farmer, local community or indigenous people, the plant variety may be

registered as a new plant variety and granted a breeder's right if the plant variety is new, distinct and identifiable.

- (3) For the purposes of subsections (1) and (2)-
- (a) a plant variety is new if on the filing date of the application for registration and grant of a breeder's right, the propagating or harvested material of the plant variety has not been sold or otherwise disposed of on a commercial basis by or with the consent of the breeder-
- (i) within Malaysia, earlier than one year before the filing date of the application for registration of a new plant variety and grant of a breeder's right; and
- (ii) in other countries-
- (A) earlier than six years before the filing date of the application for registration of a new plant variety and grant of a breeder's right in respect of trees and vines; and
- (B) earlier than four years before the filing date of the application for registration of a new plant variety and grant of a breeder's right in respect of other plant varieties;
- (b) a plant variety is distinct if on the filing date of the application for registration of a new plant variety and grant of a breeder's right it is clearly distinguishable from any other plant variety, the existence of which is a matter of common knowledge;
- (c) a plant variety is uniform if, subject to the variation that may be expected from the particular features of its propagation, it is sufficiently uniform in its relevant characteristics;
- (d) a plant variety is stable if its relevant characteristics remain unchanged after repeated propagation or, in the case of a particular cycle of propagation, at the end of each particular cycle;
- (e) a plant variety is identifiable if-
- (i) it can be distinguished from any other plant grouping by the expression of one characteristic and that characteristic is identifiable within individual plants or within and across a group of plants; and
- (ii) such characteristics can be identified by any person skilled in the relevant art.

Prohibition of registration and grant of breeder's right

15. The Board shall not approve the registration of a new plant variety and grant of a breeder's right to any person in respect of any plant variety-

- (a) which may affect public order or morality; or

- (b) where there is reasonable ground to believe that the cultivation, reproduction or any other use of that plant variety may produce a negative impact on the environment.

Denomination of a new plant variety

16.(1) The denomination of a plant variety the registration of which by the Board is applied for-

- (a) shall be the generic designation of the plant variety;
 - (b) must enable the plant variety to be identified;
 - (c) shall not exclusively consist of numerals; and
 - (d) shall be different from other plant variety denominations which identify an existing plant variety of the same plant species or a closely related species.
- (2) The Board may reject any denomination of a plant variety which –
- (a) does not satisfy the requirements of subsection (1);
 - (b) is contrary to public order or morality;
 - (c) is not suitable for the identification of the plant variety; or
 - (d) may cause confusion concerning the characteristics or the identity of the breeder of the plant variety.
- (3) Where a denomination of a plant variety is rejected by the Board under subsection (2), the Board may require the applicant to furnish a new denomination within a specified time.
- (4) If a new denomination as required under subsection (3) is not furnished by the applicant within the time specified by the Board, the application shall be deemed to be withdrawn and shall not be further proceeded with, but without prejudice to a fresh application being made by the applicant.
- (5) The denomination of a registered plant variety shall be used when the plant variety is offered for sale on a commercial basis and if a trade mark, trade name or other similar indication is used together with the denomination, the denomination of that registered plant variety must remain easily recognizable.
- (6) Notwithstanding the expiration of the duration of the breeder's right in respect of a plant variety, any person who offers for sale on a commercial basis any propagating material of a registered plant variety shall continue to use the denomination of that registered plant variety.

Filing date

17. The filing date of an application for the registration of a new plant variety and grant of a breeder's right shall be the date of receipt of the application by the Board on condition that the application has complied with the requirements of section 12.

Right of priority

18. Subject to section 17, where two or more applications for the registration of a new plant variety and grant of a breeder's right are received by the Board in respect of the same plant variety, priority shall be given to the application that is accorded an earlier filing date by the Board.

Preliminary examination

19.(1) Where an application for the registration of a new plant variety and grant of a breeder's right has a filing date and the application is not withdrawn, the Board shall examine the application and determine whether it complies with the requirements of sections 15 and 16.

(2) If the Board, as a result of the examination under subsection (1), finds that the requirements of sections 15 and 16 are not complied with, the Board shall give an opportunity to the applicant to make any observation on such finding and to amend the application within the specified period so as to comply with those requirements, and if the applicant fails to do so, the Board may refuse the application.

(3) If the Board, as a result of the examination under subsection (1), finds that the requirements of sections 15 and 16 have been complied with, the Board shall notify the applicant in writing as soon as practicable.

Request for substantive examination

20.(1) If an application for the registration of a new plant variety and grant of a breeder's right has been examined under section 19 and the applicant has been notified under subsection 19(3), the applicant shall file within the specified period a request for a substantive examination of the application.

(2) A request for a substantive examination under subsection (1)-

(a) shall be made in the prescribed form;

(b) shall be accompanied with the prescribed fee; and

(c) if requested by the Board, shall provide the specified quantities of propagating materials required for the purposes of the substantive examination.

Substantive examination

21.(1) Where a request for substantive examination has been made under section 20, the Board shall refer the application to an Examiner who-

(a) shall determine whether the application complies with the requirements of section 14; and

(b) shall report his determination to the Board.

(2) If the Examiner reports in accordance with subsection (1) that the requirements of section 14 are not complied with, the Board shall give the applicant an opportunity to make observations on the report and to amend the application so as to comply with the requirement within the specified period.

(3) If the applicant fails to satisfy the Board within the specified period that the requirements of section 14 are complied or to amend the application so as to comply with the requirements, the Board shall reject the application for the registration of a plant variety and grant of a breeder's right.

(4) If the Examiner reports in accordance with subsection (1) that the application as originally filed or as amended complies with the requirements of section 14, the Examiner shall inform the Board in writing of the findings of his examination.

*Application for registration of new plant variety
and grant of breeder's right to be published*

22. If the Board is satisfied that an application for the registration of a new plant variety and grant of a breeder's right has complied with the requirements of this Act, the Board shall cause the application to be published in the *Gazette*.

*Opposition to application for registration of a
new plant variety and grant of breeder's right*

23.(1) Any interested person may, within three months from the date of publication of an application for the registration of a new plant variety and grant of a breeder's right, give notice to the Board and the applicant of his intention to oppose the application on any or any combination of the following grounds:

(a) that the person opposing the application is entitled to the breeder's right as against the applicant;

(b) that the application for the registration of the new plant variety and grant of a breeder's right does not comply with the requirements of this Act;

(c) that the application for the registration of the new plant variety and grant of a breeder's right is contrary to public order or morality;

- (d) that the application for the registration of the new plant variety and grant of a breeder's right may produce a negative impact on the environment.
- (2) The notice shall be in writing in the manner to be specified by the Board in writing and shall include a statement of the grounds of opposition.

Reply by applicant

- 24.(1) The applicant shall within thirty days after the receipt of the notice of opposition send a reply to the Board and the opponent, in the manner to be specified by the Board in writing, stating the grounds for his application for registration and grant of a breeder's right.
- (2) If the applicant fails to reply to the opposition within the period specified in subsection (1) or, if the period has been extended by the Board, within the additional period, the applicant shall be deemed to have abandoned his application for the registration of the new plant variety and grant of a breeder's right.

Filing of documentary evidence in support

- 25.(1) Where the applicant submits a reply under subsection 24(1), the opponent and the applicant shall file documentary evidence in support of the opposition or the application for the registration of the new plant variety and grant of a breeder's right, as the case may be, with the Board.
- (2) Any documentary evidence to be filed by the opponent or the applicant under subsection 1) shall be filed within the time and in the manner to be specified by the Board in writing.
- (3) Where the applicant files the documentary evidence in support of his application, the opponent may be given an opportunity, within the time to be specified by the Board in writing, to submit to the Board and applicant evidence in reply to be adduced in the manner to be specified by the Board in writing.
- (4) After considering the documentary evidence filed by the opponent and applicant, and after giving both parties an opportunity to make submissions, the Board shall decide whether-
- (a) to reject the application for the registration of the new plant variety and grant of breeder's right; or
 - (b) to approve the application.
- (5) The Board shall, within two months after making a decision under subsection (4), give its grounds of decision in writing.

Failure to file documentary evidence

26.(1) If the applicant fails to file the documentary evidence as required under subsection 25(1), the Board may treat the application for the registration of the new plant variety and grant of a breeder's right as abandoned.

(2) Where the opponent fails to file the documentary evidence as required under subsection 25(1), the Board may treat the opposition as abandoned and shall approve the application for the registration of the new plant variety and grant of a breeder's right.

Deposit of samples

27. If an application for the registration of the new plant variety and grant of a breeder's right has been approved by the Board and the applicant has been notified in writing, the applicant shall, within the time specified by the Board, deposit samples of the seed or any other propagating material of the plant variety in the quantity to be specified by the Board at a centre approved by the Board.

Registration of new plant variety and grant of breeder's right

28.(1) If the Board is satisfied that the applicant has complied with requirements of section 27, the Board shall register the new plant variety and grant the breeder's right to the applicant and shall –

- (a) issue a certificate of registration of the new plant variety and grant of a breeder's right to the applicant in the prescribed form;
- (b) record the denomination of the new plant variety and the registration of the new plant variety and grant of a breeder's right in the Register of New Plant Varieties; and
- (c) publish in the *Gazette* a reference to the registration of the new plant variety and grant of a breeder's right.

(2) The contents of the certificate of a breeder's right shall be *prima facie* evidence of the facts stated therein and the duration of the protection granted.

Register

29.(1) The Board shall keep and maintain a register called the Register of New Plant Varieties.

(2) The Register shall be kept in such form and shall contain such particulars as may be specified by the Board.

(3) The Register shall be available to the public for inspection subject to such conditions as the Board deems fit.

(4) A copy or extract of any entry in the Register duly certified by the Secretary to the Board shall be given to any person requiring the copy or extract upon payment of the prescribed fee.

PART IV

RIGHTS, LIMITATIONS AND DUTIES OF A HOLDER

Scope of breeder's right

30.(1) Subject to section 31, a holder of a breeder's right shall, in respect of the registered plant variety for which the right is granted, have the right to carry out all or any of the following acts on a commercial basis:

- (a) producing or reproducing;
- (b) conditioning for the purpose of propagation;
- (c) offering for sale;
- (d) marketing, inclusive of selling;
- (e) exporting;
- (f) importing;
- (g) stocking the material for the purposes mentioned in paragraphs (a) to (f).

(2) The breeder's right shall also extend to-

- (a) any propagating material of the registered plant variety, harvested material of the registered plant variety and the entire or any part of a plant variety where the propagating material of that plant variety is obtained through unauthorized means from the registered plant variety;
- (b) plant varieties which are essentially derived from the registered plant variety, if the registered plant variety is not essentially derived from another plant variety;
- (c) plant varieties which are not clearly distinguishable from the registered plant variety; or
- (d) the production of other plant varieties which require the repeated use of the registered plant variety.

(3) For the purposes of paragraph 30(2)(a), "unauthorized" in relation to the propagating material means it is obtained without the consent or permission of the holder.

Limitations of breeder's right

31.(1) The breeder's right shall not extend to-

- (a) any act done privately on a non-commercial basis; (b) any act done for an experimental purpose;
 - (c) any act done for the purpose of breeding other plant varieties and any act referred to in paragraphs 30(1)(a) to (g) in respect of such other plant varieties, except where such other plant varieties have been essentially derived from the registered plant variety;
 - (d) any act of propagation by small farmers using the harvested material of the registered plant variety planted on their own holdings;
 - (e) any exchange of reasonable amounts of propagating materials among small farmers; and
 - (f) the sale of farm-saved seeds in situations where a small farmer cannot make use of the farm-saved seeds on his own holding due to natural disaster or emergency or any other factor beyond the control of the small farmer, if the amount sold is not more than what is required in his own holding.
- (2) The breeder's right granted under section 30 shall not apply to any material of the registered plant variety or any material derived from that material which has been sold within Malaysia on a commercial basis by the breeder or by any other person with his consent, unless such material is used for purposes involving-
- (a) the further propagation of the registered plant variety; or
 - (b) the export of the material to a country which does not protect varieties of the plant genus or species to which the variety belongs and where the exported material is not for final consumption.

Duration of breeder's right

- 32.(1) The breeder's right to a registered plant variety shall take effect from the filing date of an application for the registration of the plant variety and grant of breeder's right and shall subsist for a period of-
- (a) twenty years for a registered plant variety that is new, distinct, uniform and stable; or
 - (b) fifteen years for a registered plant variety that is new, distinct and identifiable.
- (2) Notwithstanding the provisions of subsection (1), where an application for the registration of a new plant variety and grant of breeder's right is made in respect of trees or vines, and the application has complied with the provisions of this Act, the Board may register the plant variety and grant breeder's right for a duration of twenty-five years.

Extension of duration of breeder's right

33.(1) Notwithstanding the provisions of section 32, the Board may extend the duration of a breeder's right granted if the Board is satisfied that such extension is desirable on the ground of national needs and interests.

(2) An application for the extension of the duration of a breeder's right under subsection (1) shall be made in writing to the Board by the holder before the expiry of the duration of that breeder's right.

Availability of propagating material

34. The holder shall ensure that the propagating material, which is of reasonable quality, of the registered plant variety is available in reasonable quantities within three years from the date of application for registration of the new plant variety and grant of a breeder's right and at such reasonable price as may be determined by the Board.

Duties of a holder

35.(1) The holder shall throughout the duration of the breeder's right-

- (a) maintain at his expense samples which have been deposited at a centre approved by the Board under section 27;
- (b) furnish the Board with the propagating material of the registered plant variety which is capable of reproduction whenever requested by the Board;
- (c) provide the Board with facilities and information regarding the registered plant variety, without any charge, whenever requested by the Board.

(2) For the purposes of paragraph 35(1)(c), "facilities" includes the facilities for carrying out an inspection.

PART V

COMPULSORY LICENCE

Compulsory licence

36.(1) If at any time after the expiration of three years from the grant of a breeder's right the Board is satisfied that-

- (a) any of the requirements of section 34 is not complied with and the needs of the farming community for the propagating material of the registered plant variety have not been met; or
- (b) an excessive proportion of the registered plant variety offered for sale is being imported,

the Board may grant a compulsory licence to any person, agency or company to undertake any of the acts mentioned in subsection 30(1) with regards to any material of the registered plant variety, whether with or without the authorization of the holder, notwithstanding that the holder may have granted his authorization to any other person.

(2) Before granting a compulsory licence the Board shall give the holder a notice in writing of its intention to do so and giving him the right to make representations within a specified period.

(3) The Board shall, upon considering the representations of the holder, or if no representation is received within the specified period, make a decision in respect of its intention and shall inform the holder of its decision within a reasonable period of time.

(4) Where the Board grants a compulsory licence under subsection (1), the Board shall determine a reasonable sum to be paid by the licensee to the holder as royalty.

Scope and conditions of compulsory licence

37. Upon the granting of a compulsory licence to any person, agency or company, the Board shall determine-

(a) the scope of the compulsory licence and the right to carry out any of the acts referred to in section 30 except that such right shall not extend to the act of importation;

(b) the duration of the compulsory licence; and

(c) the terms and conditions of the compulsory licence.

Termination of compulsory licence

38.(1) The Board shall have the power to terminate or revoke any compulsory licence granted under section 36 if the Board is satisfied that the licensee has breached any of the terms and conditions of the compulsory licence.

(2) Before terminating a compulsory licence, the Board shall give the licensee a notice in writing requiring him to show cause within fourteen days from the date of receipt of the notice as to why the licence should not be terminated.

(3) After the expiry of the period of fourteen days and after considering any representations made by the licensee, the Board shall decide whether to terminate the licence or to take no further action.

(4) The Board shall give the licensee a written notice of its decision under subsection (3) as soon as practicable.

PART VI

INVALIDATION, REVOCATION, SURRENDER AND
ASSIGNMENT OR TRANSMISSION

Invalidation of breeder's right

39.(1) Any interested person may institute court proceedings against the holder to invalidate the registration of a new plant variety and grant of a breeder's right.

(2) The court shall invalidate a breeder's right if the person requesting the invalidation proves that-

- (a) the holder has furnished to the Board false or misleading information or statement in respect of the application for registration of the new plant variety and grant of a breeder's right;
- (b) the holder has not complied with the requirements of this Act; or
- (c) the breeder's right does not belong to the person to whom the breeder's right was granted.

(3) Notwithstanding subsection (2), the court shall not invalidate the registration of a new plant variety and grant of a breeder's right on the ground mentioned in paragraph 39(2)(c) if the breeder's right has been assigned to the person to whom the breeder's right belongs.

(4) If the provisions of subsection (1) apply to only some of the claims or some parts of a claim, such claims or parts of a claim may be declared invalid by the court and the invalidity of part of a claim shall be declared in the form of a corresponding limitation of the claim in question.

Date and effect of invalidation

40.(1) When the decision of the court becomes final, the Registrar of the court shall notify the Board and the Board shall record the invalidation on the certificate of registration of the new plant variety and grant of a breeder's right and in the Register of New Plant Varieties and publish the fact of such invalidation in the *Gazette*.

(2) Any invalidated certificate of registration and grant of a breeder's right or claim or part of a claim shall be regarded as null and void from the date of the grant of the breeder's right.
Revocation of breeder's right

41.(1) The Board may revoke a breeder's right granted to a holder if-

- (a) the holder fails to provide the Board within the period specified by the Board in writing with the information, facilities or propagating materials deemed necessary by the Board for the maintenance of the samples deposited at a centre approved by the Board when requested by the Board;

- (b) the holder fails to pay any fees payable to the Board to keep his breeder's right in force;
 - (c) the registered plant variety fails to demonstrate continuously the conditions for which the registration was made and breeder's right was granted;
 - (d) the holder contravenes any of the terms and conditions imposed on him as a holder; or
 - (e) the holder uses or causes to be used any sample of a registered plant variety deposited at a center under section 27 without the prior written permission of the Board.
- (2) Before revoking a breeder's right, the Board shall give the holder a notice in writing requiring the holder to show cause within fourteen days as to why his breeder's right should not be revoked.
- (3) After the expiry of the period of fourteen days and after considering any representations made by the holder, the Board shall decide whether to revoke the protection or to take no further action.
- (4) The Board shall give the holder a written notice of its decision under subsection (3).
- (5) The revocation of a breeder's right shall take effect-
- (a) if there is no appeal against the revocation, on the expiration of fourteen days from the date on which the notice of revocation is served on the holder; or
 - (b) if there is an appeal against such revocation, when the revocation is confirmed by the Minister under section 46.
- (6) If a breeder's right is revoked under subsection (1), the Board shall-
- (a) direct the holder to return the certificate of registration of the new plant variety and grant of a breeder's right to the Board; and
 - (b) have the power to authorize any person to undertake the production of the plant variety for reasons of public interest.
- (7) The Board shall record the revocation on the certificate of registration of the new plant variety and grant of a breeder's right and in the Register of New Plant Varieties and publish the fact of such revocation in the *Gazette*.

Surrender of breeder's right

- 42.(1) A holder may surrender his breeder's right by submitting a written request to the Board together with the certificate of registration of the new plant variety and grant of a breeder's right.
- (2) The surrender shall take effect on the date the Board receives the certificate of registration and grant of a breeder's right pursuant to the written request under subsection (1).

(3) The Board may impose any terms and conditions as it deems fit in respect of the surrender.

(4) The Board shall record the surrender in the Register of New Plant Varieties and publish the fact of such surrender in the *Gazette*.

Assignment or transmission of breeder's right

43.(1) A breeder's right or an application for the registration of a plant variety and grant of a breeder's right may be assigned or transmitted with the approval of the Board to-

(a) the legal personal representative of the holder or the applicant for such registration and grant; or

(b) any person entitled by operation of law to such assignment or transmission.

(2) The application for the assignment or transmission of a breeder's right shall be-

(a) made in the manner to be specified by the Board in writing; and

(b) accompanied with the prescribed fee.

(3) The Board may approve the assignment or transmission of the breeder's right if-

(a) it is in writing signed by or on behalf of the contracting parties; or

(b) the holder or the applicant for the registration of a new plant variety and grant of a breeder's right dies or becomes incapacitated.

(4) Before granting its approval for the assignment or transmission of a breeder's right, the Board shall publish in the *Gazette* the details of the application and provide a reasonable period of time for any objection to the application for the assignment or transmission.

(5) The assignment or transmission of a breeder's rights shall be recorded in the Register of New Plant Varieties and the fact of such assignment or transmission shall be published in the *Gazette*.

PART VII

APPEALS

Appeals

44. Any person who is aggrieved by the decision of the Board with regard to –

(a) the rejection of an application for the registration of a new plant variety and grant of a breeder's right;

- (b) the grant of a compulsory licence under subsection 36(1); (c) the royalty to be paid under subsection 36(4);
- (d) the termination of a compulsory licence under section 38;
- (e) the revocation of a breeder's right;
- (f) the terms and conditions in respect of the surrender of a breeder's right; or
- (g) the assignment or transmission of a breeder's right, may, within thirty days after being informed in writing of the decision of the Board appeal in writing against such decision to the Minister.

Appeal Board

45.(1) Upon receipt of an appeal under section 44, the Minister shall refer the matter to an Appeal Board.

(2) The Appeal Board shall consist of the following members:

- (a) the Secretary-General of the Ministry of Agriculture and Agro-based Industry, who shall be the Chairman;
- (b) the Secretary-General of the Ministry of Science, Technology and Innovations;
- (c) the Secretary-General of the Ministry of Plantation Industries and Commodities;
- (d) the Permanent Secretary of the Ministry of Agriculture and Food Industry of Sarawak; and
- (e) the Permanent Secretary of the Ministry of Agriculture, Sabah.

(3) At the meetings of the Appeal Board, three members shall constitute a quorum.

(4) If for any reason the Chairman is unable to attend the meeting of the Appeal Board, the members present shall elect from among themselves a member to preside over the meeting and the member elected shall exercise the powers of the Chairman for the duration of that meeting and shall be deemed to be the Chairman for the purposes of that meeting.

(5) The Appeal Board may regulate its own procedure at the hearing of any such appeal and shall not be bound by any law or rule of practice relating to the admissibility of evidence.

(6) The Appeal Board shall consider the appeal and make recommendations to the Minister.
Decision of the Minister

46. The decision of the Minister shall be final and the person making the appeal shall be informed in writing of the decision.

PART VIII

INFRINGEMENT

Acts deemed to be infringement

47. Subject to the provisions of this Act, an infringement of a breeder's right shall consist of the performance of any of the acts referred to in section 30 in Malaysia by a person other than the holder without the authorization of the holder in relation to the registered plant variety for which a breeder's right has been granted to the holder.

Infringement proceedings

48.(1) The holder shall have the right to institute court proceedings against any person who has infringed or is infringing his rights.

(2) The holder shall have the same right against any person who has performed acts which make it likely that an infringement will occur, which in this Part is referred to as an "imminent infringement".

(3) The proceedings in subsections (1) and (2) may not be instituted after five years from the date the act of infringement is discovered or could have been reasonably discovered by the holder.

Injunction and award of damages

49.(1) If the holder proves that an infringement has been committed or is being committed, the court may award damages and may grant an injunction to prevent further infringement and award any other legal remedy.

(2) If the holder proves that an imminent infringement has occurred, the court may grant an injunction to prevent the infringement and award any other legal remedy.

PART IX

OFFENCES

Offence with respect to furnishing any false or misleading particular, etc.

50. Any person who furnishes or causes to be furnished to the Board any false or misleading particular, information or statement in respect of an application for the registration of a new plant variety and grant of a breeder's right commits an offence and shall on conviction be liable to a fine not exceeding twenty thousand ringgit or to imprisonment for a term not exceeding two years or to both.

Offence with respect to contravention of terms and conditions and use of samples without permission

51. Any person who-

- (a) contravenes any of the terms and conditions imposed on him as a holder or as a licensee; or
- (b) uses or causes to be used without the prior written permission of the Board any sample of a registered plant variety deposited at any centre under section 27,

commits an offence and shall on conviction be liable to a fine not exceeding five thousand ringgit or to imprisonment for a term not exceeding six months or to both.

Offence by body corporate

52. Where a body corporate commits an offence under this Act or any regulations made under this Act, any person who at the time of the commission of the offence was a director, manager, secretary or other similar officer of such body corporate or was purporting to act in any such capacity, or was in any manner or to any extent responsible for the management of any of the affairs of the body corporate, or was assisting in its management-

- (a) may be charged and tried jointly in the same proceedings with the body corporate; and
- (b) where the body corporate is found guilty of the offence, shall be deemed to be guilty of that offence unless, having regard to the nature of his functions in that capacity and to all circumstances, he proves-
 - (i) that the offence was committed without his knowledge, consent or connivance; and
 - (ii) that he took all reasonable precautions and had exercised all due diligence to prevent the commission of the offence.

PART X

ENFORCEMENT

Authorization of officers

53.(1) The Minister may authorize in writing any officer in the Ministry to exercise the powers under this Part.

(2) An officer authorized under subsection (1) shall be deemed to be a public servant within the meaning of the Penal Code [Act 574].

Power of enforcement

54.(1) Any authorized officer or a police officer not below the rank of Inspector may exercise all the powers of enforcement under this Act.

(2) Every authorized officer or police officer, when acting against any person under this Act, shall declare his office and shall on demand produce to the person against whom he is acting such authority card as the Minister may direct to be carried by such authorized officer or as the Inspector General of Police may direct to be carried by such police officer.

Power of investigation

55. An authorized officer shall have all the powers necessary to carry out an inspection and to investigate the commission of any offence under this Act.

Additional powers

56. Any authorized officer or police officer not below the rank of Inspector may, for the purpose of enforcing this Act, do all or any of the following:

- (a) enter, inspect and examine with or without notice any premises or farm at any reasonable hour in relation to any offence reasonably suspected to have been committed under this Act;
- (b) require the production of any record, book, accounts, computerized data or documents kept by the holder and inspect, examine and copy any of them;
- (c) require the production of any identification document from any person in relation to any case or offence under this Act;
- (d) make such inquiry as may be necessary to ascertain whether the provisions of this Act have been complied with.

PART XI

MISCELLANEOUS

Institution of prosecution

57. No prosecution for or in relation to any offence under this Act shall be instituted except by or with the written consent of the Public Prosecutor.

Jurisdiction to try offences

58. Notwithstanding any written law to the contrary, a Court of a Magistrate of the First Class shall have jurisdiction to try any offence under this Act and to impose the full punishment for any such offence.

Protection of officers

59. No action shall be brought, instituted or maintained in any court against-

- (a) any member of the Appeal Board;
- (b) any member of the Board;
- (c) any authorized officer; and
- (d) any Examiner,

for any act or omission done in good faith in the performance of their functions and the exercise of their powers under this Act.

Regulations

60.(1) The Minister may make regulations for the purpose of carrying into effect the provisions of this Act.

(2) Without prejudice to the generality of subsection (1), regulations may be made-

- (a) to regulate the procedure for an application for the registration of a new plant variety and grant of a breeder's right and the determination of questions in connection with such application, registration and grant, and in connection with the extension of the duration of such registration and grant, and the revocation, surrender, assignment or transmission of a breeder's right;
- (b) prescribing the fees and charges payable under this Act and the manner for collecting and dealing with such fees and charges;
- (c) prescribing forms, book, registers, documents and other matters to be used under this Act and the information to be furnished for any of the purposes of this Act;
- (d) prescribing the size of a holding for the purposes of the definition of "small farmer"; and
- (e) providing generally for any other matter for the proper and effective implementation of this Act.

PNMB

DICETAK OLEH
PERCETAKAN NASIONAL MALAYSIA BERHAD,
CANVANGAN KUALA LUMPUR
BAGI PIHAK DAN DENGAN PERINTAH KERAJAAN MALAYSIA

[Fin de l'annexe II et du document/
End of Annex II and of document/
Ende der Anlage II und des Dokuments/
Fin del Anexo II y del documento]